

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig
Deutschland

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 11. Dezember 2014

**Ihr Schreiben vom 25. Oktober 2014 zur Sendung *Tageschau* – „ASEM-Gipfel“
vom 17. Oktober 2014**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 25. Oktober 2014 zur Sendung *Tagesschau* vom 17. Oktober 2014, der mich am 11. November 2014 vom Norddeutschen Rundfunk über den WDR Rundfunkrat erreicht hat. Da die Leitung des ARD-Studios Brüssel beim WDR liegt, möchte ich Ihnen antworten.

Sie kritisieren, mit diesem Beitrag werde *„die Falschmeldung verbreitet, Putin habe sich ... offen dafür gezeigt, russische Truppen und schwere Waffen aus der Ukraine abzuziehen.“* Weiter behaupten Sie, *„diese Falschaussage des ARD-Korrespondenten Krause impliziert, Russland habe in Mailand eingestanden, russische Truppen und schwere Waffen in der Ukraine stationiert zu haben.“*

1.

Ihr Schreiben vom 25. Oktober 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz rügen. Dieser bestimmt, dass Nachrichten vor Ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen sind.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfe.

Die von Ihnen verkürzt wiedergegebene Schlusspassage des Beitrags lautet wie folgt:

„Auf europäischer Seite hörte man zufrieden die Versicherung Putins, dass er keine Teilung der Ukraine anstrebe. Allerdings: [O-Ton David Cameron] ‚Wenn das stimmt, dann soll er handeln, alle Vereinbarungen umsetzen und russische Truppen und die schweren Waffen aus der Ukraine abziehen.‘ Im Prinzip zeigte sich Putin dafür offen, im Detail allerdings eher zugeknöpft. Ein Ende der Sanktionen gegen Russland ist deshalb nicht in Sicht.“

Zunächst: Unser Korrespondent übersetzt die Worte des britischen Premiers völlig korrekt – „*weapons out of Ukraine*“ [*Waffen aus der Ukraine abziehen*]. Es ist also der englische Premierminister Cameron, der diese Formulierung wählte, nicht unser Korrespondent.

Wenn Rolf-Dieter Krause in seinem Text weiter sagt, „*im Prinzip zeigte sich Putin dafür offen*“, so bezieht er sich auf den Gesamtzusammenhang der andauernden Verhandlungen: in dem Sinne, dass Putin generell zum Minsker Abkommen steht, aber dass die konkrete Umsetzung mehr als zögerlich von statten geht.

Von einer Falschaussage kann also überhaupt keine Rede sein. Ebenfalls unzutreffend ist, dass „*erneut im Zusammenhang mit dem Minsker Abkommen ... ein nicht existentes Eingeständnis Russlands ... durch ARD-Korrespondenten konstruiert*“ wird.

2.

Unabhängig vom konkreten Vorwurf der Verletzung von Programmgrundsätzen im vorliegenden Beitrag behaupten Sie, „*angesichts der Häufung dieser Falschmeldungen*“ sei „*zweifelsohne von einer zielgerichteten Manipulation des Beitragszahlers auszugehen*“, und Sie verlangen eine „*lückenlose Aufklärung dieser gehäuften Falschmeldungen*“. Diesen Manipulationsvorwurf kann ich so nicht stehen lassen. Zunächst eine grundsätzliche Anmerkung: Es kann im tagesaktuellen Bereich natürlich vorkommen, dass sich die Erkenntnislage ändert und ein nach bestem Wissen und Gewissen unter den oft schwierigen Bedingungen vor Ort vermeldeter Umstand sich im Lichte neuer Erkenntnisse später anders oder gar als falsch darstellt. Wenn es bedauerlicherweise zu Fehlern kam, haben wir diese korrigiert. Auch teile ich Ihre Einschätzung von einer Vielzahl von Falschmeldungen nicht. Einzelfälle müssen in das Verhältnis der umfangreichen Berichterstattung gesetzt werden – gerade im Ukraine-Konflikt. Die Zahl der von Ihrem Verein eingereichten Programmbeschwerden besagt nicht, dass es sich hier um eine ebensolche Zahl von Falschmeldungen handelt. In diesem Zusammenhang ist abschließend darauf hinzuweisen, dass auch mit Blick auf die Berichterstattung der weiteren nationalen und internationalen Medien zum Konflikt in der Ukraine eine Mani-

pulation des Publikums durch die ARD-Nachrichten nicht ersichtlich ist. Den Vorwurf einer zielgerichteten Manipulation weise ich entschieden zurück.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfe.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Dies ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Abs. 4 WDR-Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten, ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow